
4379/J XXII. GP

Eingelangt am 14.06.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag^a Muttonen und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Finanzierung des Projektes KÜBA

Die seit 2002 bestehende Stiftung für zeitgenössische Kunst ‚Thyssen-Bornemisza Art Contemporary‘ (T-B A21), setzt derzeit ein viel beachtetes Projekt um: „KÜBA - Eine Reise gegen den Strom“. Auf der Homepage der Stiftung und in den Presseunterlagen ist dazu nachzulesen: *„An Bord des Frachtschiffs Negrelli reist Kutlug Atamans filmische Installation Küba fast zweitausend Kilometer die Donau flussaufwärts vom Schwarzen Meer nach Wien“* und *„Küba: Eine Reise gegen den Strom findet im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft statt“*. Als Projektunterstützer werden BKA, BMVIT und BMAA, als „großzügige“ Sponsoren die Wiener Städtische, die ViaDonau, die Erste Bank und das BKA angeführt.

Medienberichten zufolge hat Kunststaatssekretär Morak das Projekt KÜBA mit einer Summe zwischen 240.000 € (Profil, 22/06, Standard, 5.6.2006) und 300.000 € (Presse, 2.5.2006) finanziert. Für diese Unterstützung - die dem Vernehmen nach offensichtlich an allen Beiräten im BKA vorbei direkt vom Kunststaatssekretär entschieden wurde - bedankt sich Projekt-Initiatorin Francesca Habsburg auch ganz dezidiert: *„Ich danke im Besonderen dem Staatssekretär für Kunst und Medien Herrn Franz Morak für seine großartige Unterstützung in diesem Projekt. Ohne seinen Glauben an Küba und den jeweiligen Projekten in Rumänien, Bulgarien, Serbien, Kroatien, Ungarn, Slowakei und Österreich, wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen“* (http://www.tba21.org/exhibitions/ex_0509_de.php).

Dieser enthusiastische Dank an den Kunststaatssekretär wundert wenig angesichts seiner großzügigen Förderung für das Projekt KÜBA: Laut einem Leserbrief der Kuratorin der T-B A21 -Kuratorin im aktuellen Profil (Nr. 23/06 vom 02.06.2006) werden die beträchtlichen öffentlichen Mittel ausschließlich für die Vermittlung und Präsentation herangezogen (*„Subventioniert wurde alleinig die Präsentation und öffentliche Vermittlung -d. h. sieben Ausstellungen in sieben europäischen Ländern, fünf Symposien und Diskussionsrunden, Kataloge- im Rahmen von Küba: Journey Against the Current. Auch diese Ausgaben wurden zum Teil durch Stiftungsgelder und durch private Sponsoren und nicht ausschließlich aus Bundesmitteln gedeckt“*).

Erstaunlich ist auch die seitens der Bundesregierung offensichtlich erfolgte Rollenumkehr im politischen Verständnis des privaten Mäzenatentums: anstatt dass private SponsorInnen das Kunstbudget durch ihren Beitrag entlasten, werden - wie am KÜBA-Projekt sehr plakativ sichtbar wird - öffentliche Geldern für private SponsorInnen mobilisiert. Immerhin handelt es sich beim Projekt KÜBA um kein selbstbestimmtes KünstlerInnenprojekt; vielmehr steht unter anderem die Imagepflege der Stiftung (T-B A21) selbst im Vordergrund. Ungeachtet der künstlerischen Qualität des Projektes ist der Einsatz von Steuergeldern zum Forcieren und Aufpolieren eines Images und zur Bereitstellung einer kurzfristigen

Auftrittsplattform für den Kunststaatssekretär kritisch zu hinterfragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Bundeskanzler folgende

ANFRAGE:

1. Wie hoch war die Förderung der Kunstsektion für das Projekt KÜBA und für welche konkreten Aktivitäten wurde diese gewährt?
2. Wie hoch sind die Gesamtkosten des Projekts KÜBA?
3. Wie hoch ist der prozentuelle Anteil an den Gesamtkosten des Projekts KÜBA, den die Kunstsektion finanziert hat?
4. Gibt es zum Projektantrag eine Beiratsentscheidung? Wenn ja, welche?
5. Wenn nein: wurde das Förderungsansuchen am zuständigen Beirat der Kunstsektion vorbei entschieden?
6. Wenn ja, von wem?
7. Was waren die expliziten Gründe für die Unterstützung des KÜBA-Projektes?
8. Welche Rolle spielen Selbstdarstellung und Selbstinszenierung des Kunststaatssekretärs bei der Bewilligung der Subvention?
9. Sollten Ihrer Ansicht nach private Sponsoren und Mäzene durch ihre Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur staatliche Budgets entlasten oder belasten?